Nr. 275 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 6. November 192(

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 91 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Ausfall 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

## Die Niederlage Wrangels

Der russische Heeresbericht besagt: An der Südfront dauert unser Angriff fort. Im Melitopol erbeuteten wir drei unbeschädigte Panzerzüge, 18 gebrauchsfähige Geschütze, 100 Waggons mit Geschossen, 25 Lokomotiven und über zwei Millionen Pud Brotkorn.

In einer Kundgebung Trotzkis heißt es:

„General Wrangel liegt in den letzten Zügen. Fünf Armeen halten ihn von allen Seiten umringt. Durch den letzten Ansturm der tapferen roten Regimenter ist der Feind von den Landengen abgeschnitten worden. Wrangel ist noch nicht vernichtet, aber sein Schicksal ist besiegelt. Die Krim, die bisher als Festung für die Gegenrevolution diente, wird für die letzten Weißgardisten zur Grabstätte werden. Unser Erfolg an der Wrangel-Front wird sofort auf unsre internationale Lage zurückwirken. Die französische Börse versucht, den dienstbereiten Pilsudski wieder in einen Kampf gegen uns zu verwickeln. Unsre Aufgabe ist es, das weißgardistische Nest im Süden endgültig zu vernichten und die Träume der französischen Schacherer zum Scheitern zu bringen."

Wie nahe bereits das Schicksal Wrangels den französischen Freunden geht, zeigt das nachstehende Telegramm aus der Schweiz:

**s. Genf, 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Regierung verfolgt mit großer Beunruhigung die Entwicklung der militärischen Operationen in Südrußland und den Rückzug des Generals Wrangel. Die Aeußerungen der offiziösen Blätter lassen deutlich erkennen, wie sehr sich Frankreich, das sich so entschieden auf die Seite Wrangels gestellt hat, durch dessen Niederlage selber getroffen fühlt. Erstaunlich ist besonders, daß der „Temps" nun plötzlich zu der Erkenntnis kommt, daß die Ueberwindung des Bolschewismus überhaupt nicht mit militärischen Maßnahmen zu erreichen sei, sondern daß sie vom russischen Volk selber ausgehen müsse. Eine Auffassung, die mit der bisherigen russischen Politik der französischen Regierung im schärfsten Widerspruch steht. Der „Temps" stellt fest, daß Wrangel selbst, wenn seine Hilfsmittel erheblich größer wären, doch nicht mehr Erfolg haben könnte, als früher Judenitsch, Koltschak und Denikin, und er weiß dem französischen Schützling keinen besseren Rat zu geben, als solange zu warten, bis das russische Volk gegen seine Unterdrücker sich erheben wird. In ähnlicher Weise rückt die übrige Presse von General Wrangel ab.**

Die Unruhen in Rußland scheinen übrigens fortzudauern. So wird über Stockholm gemeldet, daß in Moskau sämtliche Kommunisten zum Nachtwachdienst auf Grund der herrschenden Unruhen mobilisiert worden sind. Schwere Bauernunruhen sollen in 15 Gouvernements infolge der Lebensmittelrequisition stattgefunden haben. General Brussilow soll verhaftet worden sein. Tschitscherin gibt zu, daß außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden wegen angeblich vom Ausland kommender terroristischer Pläne. In einer Moskauer Sowjetversammlung wurde mitgeteilt, es bestehe eine Weißgardistenverschwörung, die im Rücken der Roten Armee arbeite, um General Wrangel zu entlasten. Sämtliche Verschwörer seien jedoch verhaftet.

*

### Ein Aufruf Sinowjews

* **Berlin,** 5. November. Die „Rote Fahne" veröffentlicht einen Aufruf, den Sinowjew als Vorsitzender des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale an die Proletarier aller Länder richtet. Er fordert darin auf, den 7. November als den dritten Jahrestag der proletarischen Revolution Rußlands zu feiern. Der Aufruf schließt: Möge auf euern Fahnen am 7. November geschrieben stehen: Es lebe die Sowjetmacht in der ganzen Welt! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe der Arbeiteraufstand! Es lebe die aktive Unterstützung Sowjetrußlands! Kein Geschoß an die Feinde Rußlands! Es lebe die kommunistische Internationale!

## Ein deutsch-polnisches Abkommen

Amtlich wird mitgeteilt:

Die in Warschau mit der polnischen Regierung gepflogenen Verhandlungen über den Transport deutscher und russischer Reichsangehöriger durch Polen haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Das entgegenkommende Verhalten der polnischen Regierung und ihr sichtlich zum Ausdruck gebrachter Wille, mit dazu beizutragen, die deutschen und die russischen Kriegsgefangenen endlich der Heimat zuzuführen, ermöglichen es, auch für den Winter nunmehr auf dem Landwege Transporte aus Rußland zu übernehmen und die bereits in Polen befindlichen, aus Rußland eingetroffenen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen der Heimat zuzuleiten.

Ferner haben die Verhandlungen über die Zurückhaltung deutscher Flußfahrzeuge in Polen zum Abschluß eines Abkommens geführt, in dem die polnische Regierung sich verpflichtet hat, sofort alle von ihr requirierten deutschen Kähne und Dampfer in Bromberg oder in Danzig den Eigentümern zurückzugeben. Sie wird ferner den Eigentümern der requirierten Schiffe die diesen infolge der Verdrängung von ihren Fahrzeugen, der Ueberführung nach Deutschland und der Rückkehr zum Ueberfluß der Schiffe entstandenen Kosten ersetzen. Sobald die Rückkehr der Schiffe nach Deutschland erfolgt, wird die deutsche Regierung die bisher verweigerte Erlaubnis für die Durchführung von Superphosphat- und Schwefelkiestransporten auf dem Wasserwege von Stettin, Hamburg nach Polen erteilen.

### Ernährungskrise in Oberschlesien

* **Kattowitz,** 5. November. Ueber das Fiasko der polnischen Kartoffellieferung und eine für Oberschlesien drohende Ernährungskrise veröffentlicht die sozialdemokratische „Volksstimme" in der gestrigen Nummer folgendes: Nach dem Abkommen zwischen der polnischen Regierung und der interalliierten Kommission sollten eine Million Zentner gute Speisekartoffeln geliefert werden. In Wirklichkeit sind nach vielen Beschwerden ungefähr 40 000 Zentner eingetroffen. Da ein großer Teil der Sendung aus Erde, Steinen und Unrat bestand, konnten nur 30 000 Zentner den Verbrauchern zugeführt werden. Oberschlesien hat einen Bedarf von 5 200 000 Zentnern, von denen ein Drittel zu liefern war. Es ist eine schwere Ernährungskrise zu erwarten. Auch eine Brotpreiserhöhung dürfte nicht zu vermeiden sein, so daß der Doppelzentner Brotmehl, der jetzt 99 M. beträgt, ab 16. November 115 M. kosten wird.

## Eine neue Ueberwachungskommission

⊕ **Genf,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) **Die Pariser Blätter melden, daß der Alliierte Rat die Bildung einer Kommission einleite zur ständigen Kontrolle der internationalisierten Flüsse und Wasserstraßen Deutschlands und Oesterreichs. Den Vorsitz in der neuen Ueberwachungskommission führt, dem Pariser „Journal" zufolge, Frankreich.**

*

### Die Not der Rheinlande

w. **Frankfurt a. M.,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Die französischen Kontrollbeamten, die entgegen dem Friedensvertrag in Speyer rücksichtslose Kontrolle der Korrespondenz jeder Art, des Telegraphen- und Telephonverkehrs ausübten, haben ihre Tätigkeit, die einen ungeheuren Schaden für die Schiffahrt bedeutete, eingestellt und Speyer verlassen. Zwei beschlagnahmte Dienstzimmer der Post ließen sie in einem unbeschreiblichen Zustand zurück. Ihre Wiederherstellung wird mehrere tausend Mark kosten. Die Versuche der Franzosen, französische Sprachkurse im besetzten Gebiet einzuführen, sind an dem geringen Interesse der Bevölkerung gescheitert. Jetzt suchen sie in plötzlichen und heftigen Aktionen gegen hohe Vergütung Männer und Frauen zur Erteilung des französischen Sprachunterrichts. In der Pfalz werden die Gemeinden gezwungen, für den Besuch der Sprachkurse zu werben.

*

### Französische Phantasien

⊕ **Paris,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) General Manain veröffentlicht soeben ein Buch unter dem Titel „Wie der Krieg beendet wurde". Er sagt darin u. a.: Die rheinischen, bayrischen und hannöverschen Patrioten behaupten mit Recht, daß die heutige Republik eine größere Gefahr für den Frieden sei, als es der Kaiser im Jahre 1914 war, oder im Jahre 1920 wäre. Solange Deutschland nicht seine natürliche föderalistische Verfassung hat, wird die Welt der preußischen Gefahr ausgesetzt sein. Wenn es wieder zu einem Kriege kommt und wir Franzosen stehen den Deutschen allein gegenüber, so kommt es einzig und allein darauf an, daß wir unsre Operationen mit größter Schnelligkeit ausführen. Wir müssen sofort die deutschen Grubenobiekte und Industriezentren besetzen und bis an die Elbe vorstoßen. Die deutschen Truppen werden ihrerseits schnell schlagfertig sein. Denn die Kaders für die Mobilisierung sind bereits vorhanden und können im Nu fünf Millionen Mann aufnehmen, die eben erst die Waffen niedergelegt haben. Diese Kaders sind sehr tüchtig und vom Geist der Revanche beseelt.

*

### Lloyd George und der Kaiser

× **London,** 5. November. Im Unterhause erklärte Lloyd George in Erwiderung auf eine Anfrage, die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers sei angesichts der Haltung der niederländischen Regierung auf diplomatischem Wege nicht zu erreichen. Es sei auch nicht tunlich, den früheren Kaiser in absentia zu verfolgen, ohne daß die Möglichkeit bestehe, das Urteil im Falle der Schuldigerklärung zu vollstrecken.

*

### Der neue Danziger Oberkommissar

+ **Paris,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Das schwedische Mitglied im Völkerbundsrat in London, Erik Colborn, das sich in dieser Eigenschaft besonders eingehend mit dem Danziger Problem befaßte, ist als Oberkommissar für den neuen Freistaat in Aussicht genommen.

### Die Separationsbestrebungen im Rheinland

+ **Düsseldorf,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Der Rheinische Provinziallandtag ist auf den 5. Dezember zu einer Tagung einberufen worden. Von den Freunden der Rheinischen Republik aller Schattierungen wird zur Zeit eine außerordentlich rege Propaganda entfaltet. Ihr Streben geht dahin, den Provinziallandtag, in dem das Zentrum mit Zweidrittelmehrheit vertreten ist, zu einer Kundgebung zur Loslösung der Rheinprovinz von Preußen sofort in der ersten Sitzung zu veranlassen.

*

### Drei neue Wirtschaftsverträge

Dem Reichsrat und dem Reichstag gehen demnächst drei Gesetzentwürfe über die Wirtschaftsverträge zu, die Ministerialdirektor v. Stockhammern im Namen der deutschen Regierung mit den Regierungen in Deutschösterreich, in der Tschecho-Slowakei und in Ungarn abgeschlossen hat. Diese Handelsverträge stellen die ersten Abkommen dar, die die wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Teil des Auslandes, die durch den Krieg bzw. durch den Friedensvertrag unterbrochen waren, wieder in völkerrechtliche Formen fassen. Alle drei Abkommen bauen sich auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung auf. Die gedeihliche Fortentwicklung von Handel und Verkehr ist ferner durch die Gewährung der freien Durchfuhr gesichert. In dem Abkommen mit der Tschecho-Slowakei und Oesterreich kommt auch der Regelung der Grenzbeziehungen eine große Bedeutung zu. Der gemeinsame Eisenbahnverkehr ist neu geregelt worden. Besondere Abkommen sind mit der Tschecho-Slowakei über den gegenseitigen Bezug von Kohle geschlossen worden.

### Die bayrischen Einwohnerwehren

zg. **Berlin,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Eine Note der Entente, in der die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern verlangt werden sollte, ist in Berlin bis heute nicht überreicht worden. Auch in den französischen Zeitungen der letzten Tage findet sich kein Hinweis, daß eine solche Note bevorstehen sollte. Aus einem Artikel im Pariser „Figaro" geht hervor, daß die Entente in ihrer bekannten Entwaffnungsnote nicht die Auflösung, sondern nur die Entwaffnung der deutschen Einwohnerwehren gefordert hatte.

*

### Die Affäre Dobner

× **München,** 5. November. Der mit der Angelegenheit Dobner befaßte parlamentarische Untersuchungsausschuß hat nach kurzer Aussprache über das Ergebnis der Zeugenaussagen mit 13 gegen 2 Stimmen folgenden Antrag zum Beschluß erhoben: „Die Frage, ob Organe der Münchner Polizeidirektion eine Organisation bildeten, die sich zur Aufgabe gestellt hat, Menschen gewaltsam zu beseitigen, ist nach dem Ergebnis der Untersuchungen des Ausschusses mit Nein zu beantworten." Der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Held wurde beauftragt, über dieses Ergebnis der Vollversammlung des Landtages Bericht zu erstatten.

## Das Ende des englischen Streiks

× **London,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) In vielen Bergwerksdistrikten wurde heute die Arbeit wiederaufgenommen, vornehmlich in Yorkshire, Nord-Cumberland, jedoch ist die volle Arbeitstätigkeit nicht vor Montag zu erwarten, da in diesen Tagen erst die Eisenbahnen wieder normal verkehren werden. Es ist offensichtlich, daß die Weisung der Arbeiterführer, den Streik abzubrechen, allgemein sofort befolgt worden ist.

Weiter wird gemeldet, daß bei der Abstimmung der Bergarbeiter 338 045 Stimmen für die Annahme der in der vergangenen Woche getroffenen Vereinbarungen und 346 000 dagegen abgegeben. Da nach den Bestimmungen des Bergarbeiterverbandes eine Zweidrittelmehrheit für den Streik vorhanden sein muß, um diesen fortzusetzen, so ist der Bergarbeiterstreik für beendet erklärt und den Bergarbeitern geraten worden, die Arbeit unverzüglich wiederaufzunehmen.

Der Verlust an Kohlen infolge des Streiks der Bergarbeiter beträgt 14 Millionen Tonnen. Die Bergarbeitergewerkschaft hat 2 Millionen Pfund Sterling an Streikunterstützung gezahlt. Der Verlust an Löhnen der Bergarbeiter beträgt 15 Millionen Pfund Sterling.

*

### Der Käuferstreik in England

⊕ **London,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Den „Times" zufolge dauert der Kaufrückgang für alle Lebensmittel in London weiter an. Die Erzeuger verkaufen nicht nur ohne Gewinn, sondern sogar mit Verlust, ohne daß das Publikum größere Kauflust zeigt. In finanziellen Kreisen glaubt man nicht, daß auf dem Geldmarkt vor Ende Dezember eine Entspannung eintritt.

*

### Die Lage in Irland

× **London,** 5. November. (Reuter.) Der Generalinspekteur der irischen Polizei Smith ist zurückgetreten. „Daily Mail" meldet, sein Rücktritt sei darauf zurückzuführen, daß er die undisziplinierten Aktionen und Eigentumszerstörungen der bewaffneten Streitkräfte der Krone nicht billige.

× **Amsterdam,** 5. November. Laut „Telegraaf" sind wieder drei Polizeibeamte in Irland ermordet worden.

× **London,** 5. November. „Times" melden: Der Minister für Irland erklärte gestern im Unterhause, daß im Laufe des vergangenen Monats in Irland 22 Polizisten ermordet und 28 verwundet wurden. Von Militärpersonen wurden 24 getötet und 96 verwundet. Im gleichen Monat mußten in Irland 233 Personen vor dem Kriegsgericht erscheinen. Davon wurden 167 zu Gefängnisstrafen verurteilt.

### Harding und wir

⊕ **Genf,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) „New York Sun" bringt ein Interview mit Harding vom Abend des Wahltages. Harding widerspricht, ein Deutschenfreund zu sein, oder eine andre Auffassung von der Schuld Deutschlands zu haben als Wilson. Seine Stellungnahme gegen den Versailler Vertrag und gegen den Völkerbundsvertrag ergebe sich nur aus Bedenken staatsrechtlicher Art im Interesse der Vereinigten Staaten.

⊕ **Genf,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet aus New-York: Die gesamte New-Yorker Presse spreche sich gegen die von der „World" aufgeworfene Frage eines Separatfriedens mit Deutschland aus. Senator Fonts sagte zu dem Vertreter der „World", daß im Senat keine Mehrheit für einen Separatfrieden mit Deutschland, sondern nur für die Abänderung des Versailler Vertrages zu haben sei.

*

### Amerika und Japan

⊠ **Amsterdam,** 5. November. „Algemeen Handelsblad" meldet aus New-York: Bei der Abstimmung in Kalifornien hat sich eine große Stimmenmehrheit für das Gesetz ergeben, wonach Japaner keinen Grundbesitz erwerben dürfen.

### Die Kabinettsbildung in Wien

id. **Wien,** 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Das neue Kabinett wird vorwiegend aus Fachministern bestehen und einen parlamentarischen Einschlag haben. Zum Bundeskanzler ist der Wiener Polizeipräsident Schober in Aussicht genommen. Die Großdeutschen lehnen eine Koalition mit den Christlichsozialen ab, bestehen jedoch auf der Besetzung des Vizekanzlerpostens mit einer dem Anschluß freundlichen Persönlichkeit.

## Die Verwirrung um den 9. November

Ueber die Frage, ob am 9. November gefeiert oder gearbeitet wird, herrscht eine heillose Verwirrung. Dieser Zustand war vorauszusehen, nachdem die sächsische Regierung in ihrem engeren Verwaltungsbereich und für die Schulen Arbeitsruhe angekündigt hat, offenbar ohne sich dabei die Wirkungen eines so zwiespältigen Verhaltens zu überlegen.

Nach dem Standpunkt, den die sozialistischen Minister einnehmen, und der von den beiden demokratischen sächsischen Ministern bekämpft worden ist, bleiben die staatlichen Bureaus und Betriebe und die Schulen am 9. November geschlossen. Da wir aber nun Reichseisenbahnen haben, und da schließlich die Eisenbahnbeamten doch an diesem Tage, wie auch sonst, dieselben Rechte besitzen, wie alle andern Beamten, so fängt hier schon der Zweifel an, was eigentlich werden soll und damit die allgemein auf diese Weise über Sachsen verhängte Unsicherheit.

Wir wollen hier nicht erörtern, ob für die Mehrheit des Volkes bei leidenschaftsloser Prüfung und wenn sie sich im stillen Kämmerlein ohne Terror und ohne Parteidruck von irgendeiner Seite Rechenschaft über ihre Gefühle gibt, überhaupt Anlaß zu besonderen Feiertagen vorhanden ist. Aber eine Regierung, die sich den Standpunkt zu eigen macht, daß wir aus dem ganzen Elend doch nur durch vermehrte Arbeitsleistung aller ohne Ausnahme, herauskommen, hätte den Mut finden müssen, von diesem Grundsatz nicht abzuweichen auch in einer Zeit, da ehrliche Bekenntnisse der Art vielleicht nicht gerade ein einbringliches Mandatsgeschäft bei den Wahlen in Aussicht stellen. Glauben aber die Regierenden, die Zeit und die Gefühle des Volkes richtig zu verstehen, wenn sie in Sachsen den Gedanken eines Feiertages am 9. November propagieren, dann — mußten sie dafür die Verantwortung übernehmen und den Mut aufbringen, die Konsequenzen zu ziehen.

Schauen wir uns doch die Folgen des so anders gearteten Verhaltens einmal an. Ganz abgesehen also von der Frage, ob gefühlsmäßig und im Sinne der Volksmehrheit der 9. November als Feiertag zu gelten habe oder nicht, schon bei den Gemeindebetrieben hört die Verfügung der Regierung auf, die ja nur im Bereiche der staatlichen Verwaltung und der Schule gilt. Es liegt auf der Hand, daß die Gemeindebeamten und die Gemeindearbeiter schließlich doch das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen, wie die in staatlichen Betrieben Angestellten. In Leipzig hat sich der Rat entschlossen, in allen Stadtbetrieben zu arbeiten. So erwachsen den Städten unter Umständen die allergrößten Schwierigkeiten, ganz abgesehen davon, daß durch die von der Regierung geschaffene Unklarheit und Verwirrung auch die ernstesten wirtschaftlichen Nachteile für die Gesamtheit heraufbeschworen werden. Schließlich werden die Angestellten und Arbeiter in nichtöffentlichen Betrieben doch auch die verschiedensten Folgerungen aus dem Regierungserlaß ziehen. Sie haben zwar gehört, daß die beiden demokratischen Minister sich gegen den Feiertag auch in ihrem Bereich ausgesprochen haben, aber von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung überstimmt worden sind, und wir haben wahrhaftig nicht den Wunsch, im Sinne einer Regierungskrise zu wirken, aber es ist einfach Pflicht, darauf hinzuweisen, wie verwirrend und schädlich diese nach dem Rezept „wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß" ausgeklügelte Verordnung auf das Wirtschaftsleben wirken muß.

Es gibt doch nur in jedem Betrieb zwei Möglichkeiten. Entweder das Beispiel der festtäglich gesinnten Minister setzt sich durch, oder die Einsicht, daß es eigentlich doch dieselben Minister sind, die immer die schönen Reden halten darüber, daß jetzt keine Zeit sei zu Feiertagen, sondern daß z. B. auch die Bergarbeiter, deren Arbeitsleistung doch besonders schwer und wichtig ist, sich zu freiwilligen Ueberstunden verstehen müßten, damit wir aus dem Elend langsam uns herausarbeiten, weil schließlich bei der Kohle die ganze Wirtschaft anfängt. Was werden die Bergarbeiter tun? Können sie sich nicht auf das Beispiel der Minister berufen und für sich verlangen, genau so mit Feiertagen bedacht zu werden wie die Angestellten in den Staatsbetrieben? Ein neuer Feiertag aber läßt drei Arbeitsschichten von je 7 Stunden, also 21 Arbeitsstunden, verfallen. Das geschieht zu derselben Zeit, wo eine Deputation im Lande herumreist, um die Bergarbeiter von der Notwendigkeit einer Ueberstunde und von deren großer Bedeutung für die Volksgesamtheit zu überzeugen.

Man denke sich gleichzeitig die Schäden, die durch diese Verwirrung überhaupt in den Betrieben hervorgerufen werden. Die Betriebsräte haben sich bereits mit der Sache befaßt, ohne daß eine Einigung erzielt worden ist. Das ist begreiflich, da es sich ja doch um den Ausfall von Riesenbeträgen und um eine außerordentlich große Verantwortung handelt. Was geschieht nun, wenn in einem Betrieb die Arbeiter gegen den Willen des Unternehmers am 9. November feiern? Wer soll den Lohnausfall tragen? Die Arbeiter werden es nicht wollen und die Unternehmer auch nicht. Eine Quelle von unendlichen Zwistigkeiten und neuem Hader wird geschaffen, Möglichkeiten zu Streiks und Schlimmerem, wenn irgendwie versucht wird, gewaltsam Betriebe an dem Tage zu schließen oder mit irgendwelchen Mitteln Bezahlung durchzusetzen für einen Tag, an dem nicht gearbeitet worden ist, und der zweifellos als gesetzlicher Feiertag nicht zu gelten hat.

Die sächsische Regierung hätte die Frage, ob am 9. November in Staats- und andern Betrieben gearbeitet oder gefeiert werden soll, doch verfassungsmäßig im Landtag zur Erörterung und klaren Erledigung bringen können. Sprach sich die Mehrheit für einen Feiertag aus, so galt er für alle und nicht bloß für die Staatsbeamten und die Schulen. Hätte die Abstimmung sich für Arbeit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201106/1